



Familienpolitische Informationen

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V.

Familie - das Wort der Landessynode 2000 im Spiegel der Zeit

Vor zehn Jahren, am 27. März 2000 verabschiedete unsere Landessynode in Bad Alexandersbad eine Erklärung zur Situation von Familien unter der Überschrift „Familie – auch in Zukunft“. Wenn man etwas „verabschiedet“, dann kann es sein, dass man das Verabschiedete nie mehr wieder sieht. Anders gedacht sind Erklärungen unserer Kirche: Wir wollen, dass damit weiter gearbeitet wird. Wir wollen, dass unsere Verlautbarungen Grundlage werden für eine weitere öffentliche Diskussion, für die gesellschaftliche Entwicklung und für die politische Willensbildung.

Im Wort der Synode 2000 waren damals u.a. fünf Bereiche aufgeführt, in denen Familie entscheidend mitgestaltet. Daran anknüpfend soll im Folgenden darauf eingegangen werden, inwiefern inzwischen die damaligen Forderungen erfüllt wurden oder ob sie immer noch eine Herausforderung darstellen.

Familie gestaltet die gemeinsame Zukunft unserer Gesellschaft

Im Jahr 2000 beschrieb die Landessynode die Familie als eine lebensbehaltende und persönlichkeitsbildende Gesellschaftsform für alle Schichten unserer Gesellschaft. In ihr werden Erfahrungen gesammelt und Verhaltensweisen eingeübt, die für jede menschliche Gemeinschaft unverzichtbar sind.

Als allzu oft „vergessener Leistungsträger“ erleben Familien jedoch ständig, dass sie ihre legitimen Ansprüche an die Gesellschaft verwehrt bekommen unter dem Hinweis, dass die finanziellen Ressourcen dafür nicht ausreichen.

Nicht selten sehen sich Familien einer Vielzahl von Leistungsbehinderungen ausgesetzt, die zum einen in den äußeren Rahmenbedingungen des familiären Zusammen-

lebens liegen, zum anderen auch in „Schwachstellen“ von Familien selbst angelegt sein können: Öffnungszeiten von Kindertagesstätten, starre Lehrersprechstunden, auf Reproduktion angelegte Unterrichtsvermittlung, aber auch Schichtarbeit, hohe Mobilität, dichte Arbeitstaktung und andere Faktoren, die mit der Modernisierung des Arbeitsmarktes zusammenhängen, teils aber auch im Übergang zu postindustriellen Bedingungen dieser Gesellschaft zu begründen sind.

Ein familienfreundliches Klima schaffen bedeutet eine *systematische* Familienpolitik zu betreiben, die die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen schafft und sichert für eine möglichst gute Leistungsentfaltung der Familien.

Familie gestaltet die Zukunft unseres Sozialstaates

Die materielle Förderung, die wir 2000 gefordert hatten, blieb weitestgehend auf dem Stand von damals. Zwar wurden durch die Novellierung des Bundeserziehungsgeldgesetzes die Gestaltungsmöglichkeiten von Vätern und Müttern erweitert und flexibilisiert; Eltern können nun die bis zu dreijährige Elternzeit für ein Kind auch gemeinsam nehmen. Mit Zustimmung des Arbeitgebers können sie außerdem das letzte Jahr der Erziehungszeit auf die Zeit zwischen dem dritten und achten Geburtstag des Kindes übertragen. Es wurde endlich auch ein Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit im Gesetz verankert, wonach für jedes Elternteil eine Teilzeitarbeit von bis zu 30 Wochenstunden zulässig ist. Wichtig ist auch, dass der Kündigungsschutz auf die Elternzeit erweitert wurde.

Trotzdem bleiben noch dringende Wünsche offen, etwa in der vollständigen Anrechenbarkeit eines Erziehungsurlaubes auf die Altersvorsorge und entsprechende Vergünstigungen und Anrechnungen bei Sozial-, Renten-,

Inhalt dieser Ausgabe

Familie - das Wort der Landessynode 20001

DJI-Studie: Mehrkinderfamilie.....4

www.Familien-Wegweiser.de: Hilfen für Familien.....4

Arbeitslosigkeits- und Lebensversicherungen. Auch das Kürzen der Familienförderung beim Bau eines Eigenheims ist ein herber Rückschlag für die Absicherung junger Familien.

Im Rahmen der Reform des Familienlastenausgleichs ist durch die Berücksichtigung eines Betreuungs-, Erziehungs- und allgemeinen Ausbildungsbedarfs eine erste steuerliche Freistellung des selbst erwirtschafteten Einkommens von Familien erreicht. Auch das Kindergeld wurde moderat erhöht. Die Steuerreform und die Steuerentlastungsgesetze allerdings schaffen es bestenfalls nur, die erhöhten Soziallasten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu tragen haben, wie Kranken- und Rentenversicherung, halbwegs auszugleichen. Hier bleibt noch viel zu tun.

Unsere Forderungen nach einer Absenkung der Mehrwertsteuer für Babynahrung und Kleinkinderbedarf wurde nicht aufgegriffen, vielmehr wurde die Mehrwertsteuer insgesamt zum 1. Januar 2007 um 1,5 Prozentpunkte erhöht. Dass heute obendrein ganz andere Steuermodelle Unternehmergruppen und Großverdiener begünstigen, ist mehr als nur eine Randnotiz.

Familien, die ihre Angehörigen pflegen, sind weiterhin sozial immer noch unzureichend abgesichert. Es fehlt an selbstverständlicher Beratung Pflegender, deren Coaching und seelsorgerlicher Begleitung. Eine Refinanzierung dieser Angebote, wo sie denn stattfinden, ist nicht vorgesehen. Auch von einer kostendeckenden Finanzierung der Familienpflege sind wir meilenweit entfernt. In unseren Familienbildungsstätten, die wir als Kirche an mehreren Standorten betreiben, müssen wir nach einer Konsolidierungsphase weiter den Rotstift ansetzen. Einsicht des Gesetzgebers für deren besondere Situation ist bisher nur ein Lippenbekenntnis. Ordentliche Finanzierungsmodelle fehlen aber.

Familie gestaltet die Zukunft der Arbeits- und Lebenswelt

Aus vielen Rückmeldungen, die uns aus dem Bereich der Frauenarbeit unserer Kirche und ihrer Verbände erreichen lernen wir, dass sich insbesondere viele junge Frauen wieder eine größere Auswahl an unbefristeten Arbeitschancen wünschen. Von einer halben Stelle kann man schlecht leben, und so ergeben sich auf dem Arbeitsmarkt zurzeit eine Vielzahl von Patchwork-Arbeitsverhältnissen. Arbeitnehmer, Mütter und Väter, haben nun das große Problem, mehrere Jobs koordinieren zu müssen, ihre Flexibilität dem Arbeitgeber gegenüber lässt dabei nach und die Zeit für die Familie schwindet. Ich denke, hier haben wir Klärungsbedarf, wie wir in Zukunft Arbeitsverhältnisse gestalten wollen, die sowohl den Mann oder die Frau ernähren und gleichzeitig die nötigen Freiräume für Familienleben schaffen.

Gleiches gilt für die Forderung nach flexibleren Arbeits-

zeiten. Insbesondere „Familienfrauen“ sind interessiert, zu der Tageszeit arbeiten zu gehen, wenn ihre Kinder in der Schule sind, damit sie am Nachmittag wieder bei und mit den Kindern sein können. Allerdings scheinen solche Arbeitsmöglichkeiten begrenzt zu sein, was die Frage aufwirft, ob nicht etliche Tätigkeiten über den Tag verteilt gesplittet werden können. Auch hier müssen wir der Frage nachgehen, welche Formen von Flexibilität in der Arbeitszeit den Nutzen bringen, der intendiert ist.

Eine wesentliche Forderung unserer Kirche, und hier sind wir ja auch mit den Gewerkschaften konform, ist die Beibehaltung des arbeitsfreien Sonntags als Tag des gemeinschaftlichen Lebens. Eine höhere Flexibilisierung, eine straffere Taktung der Arbeits- und Produktionsprozesse, eine Ausweitung von Ladenöffnungszeiten, Serviceangeboten und Verfügbarkeit von Dienstleistungen schafft einen hohen Druck auf den arbeitsfreien Sonntag. Die klassischen Schichtbeschäftigungen bei der Polizei und im Krankenhaus, in der Strom- und Wasserversorgung, bei Rettungsdiensten und im Transportwesen bekommen zunehmend weitere Branchen, in denen an vierundzwanzig Stunden an sieben Tagen pro Woche und an 365 Tagen im Jahr gearbeitet wird. Insofern ist der freie Sonntag längst unterhöhlt. Trotzdem und gerade deswegen bleiben wir bei der Forderung unnachgiebig, den Sonntag prinzipiell als arbeitsfrei zu achten und zu schützen.

Wer eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit erreichen will, muss zwangsläufig in der Arbeitswelt ansetzen. Die Bundesregierung versucht verstärkt, durch Ansätze zu familiengerechten Lösungen zu kommen, die die Motivation der Beschäftigten erhöhen. Man beginnt zu erkennen, dass die in den Familien erworbenen Kompetenzen auch den Unternehmen nutzen können. Um verstärkt auch die Väter zu aktivieren wurde von Berlin aus die Kampagne „Mehr Spielraum für Väter“ durchgeführt, doch wollte man damit nur mehr Spaß schaffen für Väter, ohne das Grundgerüst zu kippen, nach dem in Deutschland eben doch die Mütter die Last der Erziehung tragen. Auch weitere Modellprojekte, Wettbewerbe und Auditierungsverfahren sind bisher eher bedeutungslos geblieben, denn was nicht vom Staat gefördert, subventioniert oder bezahlt wird und damit vom Arbeitgebergewinn gestemmt werden muss, das ist in diesen Tagen so gut wie gar nicht durchsetzbar.

Zwar haben wir als Diakonie und Kirche erste Ansätze gewagt, aber ein großes, flächendeckendes Betreuungsangebot für die Kinder unserer Mitarbeitenden bleibt noch ein Fernziel.

Immerhin bewegen wir uns auf dem richtigen Weg: Das Diakonische Werk Bayern hat im vergangenen Jahr das Diakonie-Gütesiegel „Familienfreundlicher Betrieb“ ins Leben gerufen und will hier besonders die eigenen Einrichtungen sensibilisieren, für die Familien ihrer Mitar-

beitenden entsprechende Strukturen zu etablieren. Die Landeskirche unterzieht sich derzeit dem Hertie-Audit, in dem genau diese Parameter abgefragt werden. Sowohl in Kirche wie in Diakonie ist geplant, für die Zukunft familienfreundliche Angebote in der Breite zu beginnen und zu stärken.

Familie gestaltet die Zukunft von Bildung und Kommunikation

Insbesondere die Forderung der Synode an die Medien nach einem verantwortungsvollen Journalismus muss wieder erneut auf die Tagesordnung. Wir sind zwar im Medienrat vertreten, können dort aber meist nur im Nachhinein die größten Verletzungen benennen. Viel wichtiger ist es, dass die Medien, also Internet, Fernsehen, Kino und Rundfunk, aber auch Zeitschriften und Magazine wieder ihren Stellenwert als Teil unserer realen Gesellschaft erkennen und wahrnehmen.

Allein der Blick in das Fernsehprogramm lässt erahnen, dass Gewalt und deren verharmlosende Darstellung allgegenwärtig ist.

Mit großer Besorgnis nehmen wir wahr, dass unsere Schulen einen immer größeren Raum im Leben der Schülerinnen und Schüler einnehmen. Insbesondere das Verdrängen klassischer Jugendarbeit aller Jugendverbände durch die Ganztagschule nimmt uns Möglichkeiten der Prägung, der Gestaltung und der Erziehung. Wichtig ist hierbei, dass die Angebote in der staatlichen und kirchlichen Familienbildung ausgebaut werden können. Prävention und gewaltfreie Konfliktlösung sind als Lerninhalte noch stärker zu akzentuieren. Um der Gewalt unter Jugendlichen vorzubeugen, dürfen sich Staat und Kirche nicht aus der Erziehungsarbeit zurückziehen. Wir haben in den vergangenen Monaten in intensiven Gesprächen mit dem Kultusministerium, aber auch durch Briefe der evangelischen Jugend in Bayern, unterstützt durch den Bayerischen Jugendring, sehr deutlich klargemacht, dass der Ausbau von Ganztagschulen nur unter strikten pädagogischen Grundlagen mit uns zu machen ist. Speziell geht es uns hier um das Wahrnehmen der Lebenswirklichkeit der Kinder, um ihre Persönlichkeitsentwicklung und um die Entwicklung ihrer Sozialkompetenz.

Familie gestaltet die Zukunft unserer Kirche

Die Taufe der Kinder setzt das unzweifelhafte Zeichen der Verbundenheit Gottes mit uns Menschen. Ausgehend von dieser Zusage können und dürfen wir, ja müssen wir, in unseren Gemeinden die religiöse Sozialisation von Familien weiter entwickeln. Unsere Kindergärten und Horte dürfen selbstverständlich ein Ort kindgerechter und familiengerechter Spiritualität sein. Leider müssen wir feststellen, dass es uns nach wie vor nur schwer gelingt, unsere Jugendlichen in die Kirche hinein zu konfirmieren. Vielmehr scheint die Konfirmation als Abschluss

der Kindheit vordergründig eine Verabschiedung aus kirchlichen Riten zu werden.

Dabei liegt hier unsere Stärke bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, bei der Seelsorge und Beratung.

Das Zusammenwirken diakonischer und kirchlicher Angebote, insbesondere die Bereitstellung von Angeboten für Senioren, Pflegebedürftigen, Menschen mit Behinderung, ist eine der großen Möglichkeiten, die wir gemeinsam zu bieten haben. Es ist umso trauriger, dass uns die momentane finanzielle Situation dazu drängt, alle Angebote kirchlichen und gemeindlichen Lebens unter dem Blickwinkel der Bezahlbarkeit zu betrachten. Bei sinkenden Kirchensteuereinnahmen und gleichzeitiger Verteuerung im Lohngefüge bleibt manche wichtige professionelle Dienstleistung heute auf der Strecke. Viele von unseren kirchlich-diakonischen Aktivitäten tragen jedoch zu unserer Glaubwürdigkeit als Kirche bei, die sich den Armen, Schwachen und Hilfsbedürftigen zuwendet. Wir können eine weitere Schwächung dieser Sozialstrukturen nicht zulassen, müssen weiter mit aller Kraft und Verfügbarkeit Jugendarbeit betreiben, die Senioren stützen und unseren Familien Wegweisung und Kraft geben.

Beratungsdienste, Seelsorge, Generationenarbeit werden unsere Prüfsteine für die kommenden Jahre werden.

Wir sind immer wieder herausgefordert

Unsere synodalen Forderungen sind noch längst nicht erfüllt, noch längst nicht in die Tat umgesetzt, noch längst nicht Standard in unserem Land und in unserer Kirche geworden. Immer wieder sind wir herausgefordert, die Stimme zu erheben und auf die Mängel und Schwachstellen deutlich hinzuweisen.

Frank Walter Steinmeier, unser ehemaliger Vizekanzler, hat 2008 im Stern gesagt: „Wenn ich manche Bankmanager höre, denke ich: Geht mal raus und guckt, wie eure Kunden leben! Offenbar fehlt am oberen Ende der Einkommensskala das Vorstellungsvermögen dafür, dass es Familien gibt, die von 1000 Euro leben müssen.“

Genau dieses Vorstellungsvermögen brauchen alle. Alle, die in unserem Land Entscheidungen zu treffen haben: Politisch Verantwortliche genauso, wie Banker, Sachbearbeiter in den Verwaltungen, aber eben auch wir alle in Kirche und Diakonie.

*Michael Martin,
Oberkirchenrat, Leiter der Abteilung „Ökumene und
kirchliches Leben“ - im Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Michael.Martin@elkb.de*

Dieser Text beruht auf einem am 2. März 2010 auf der Mitgliederversammlung der eaf-bayern gehaltenen Referat. Der gesamte, wesentlich ausführlichere Vortrag und das Wort der Landessynode 2000 sind unter www.eaf-bayern.de abrufbar.

► ► Nachrichten ► ► ► ► ► ► ► ► ►

DJI-Studie: Warum sich Paare gegen die Mehrkinderfamilie entscheiden

Der Anteil der Familien mit drei Kindern liegt derzeit in Deutschland bei 10,6 Prozent (West) bzw. 7,5 Prozent (Ost). Vier-Kind-Familien bilden mit 3,3 Prozent (West) bzw. 2,1 Prozent (Ost) allerdings die Ausnahme.

Begünstigende Faktoren für die Gründung einer kinderreichen Familie sind eine stabile Partnerschaft, eine aktiv gelebte Religiosität und die eigene Erfahrung des Aufwachsens mit mehreren Geschwistern. Der Großteil der Eltern in Mehrkinderfamilien hat sich schon vor der Heirat für eine große Familie ausgesprochen und ist bereit, Einschränkungen bezüglich finanzieller und zeitlicher Flexibilität in Kauf zu nehmen. In 15 bis 35 Prozent der Familien – die Schätzungen differieren je nach Quelle – waren die dritten und vierten Kinder eher nicht geplant.

Als Hauptgründe, die nach dem zweiten Kind gegen eine weitere Familienerweiterung sprechen, nennen Eltern am häufigsten, dass die ideale Kinderzahl schon erreicht sei (50 Prozent) und dass ein weiteres Kind eine große finanzielle Belastung wäre (36 Prozent). 22 Prozent der Paare wollen sich Freiräume erhalten und 19 Prozent sehen Nachteile für ihre berufliche Entwicklung.

Die meisten Kinder haben im Durchschnitt verheiratete Frauen mit niedrigem Bildungsstatus. Allerdings gibt es unter den Eltern mit drei Kindern auch eine relativ große Gruppe mit hohem Bildungsstatus: Bei 28 Prozent der Paare mit drei Kindern hat mindestens einer der Partner das Abitur; in 17 Prozent der Familien dieser Größe haben sogar beide Partner eine Hochschulzugangsberechtigung. (...)

In Deutschland sind kinderreiche Familien ökonomisch deutlich schlechter gestellt als der Durchschnitt der Bevölkerung. Sie tragen auch ein höheres Risiko, in eine finanziell schwierige Lage zu geraten als kleinere Familien oder Mehrkinderfamilien in anderen europäischen Ländern.

(Quelle: Medieninformation des Deutschen Jugendinstituts (DJI) vom 5.3.2010 - Weitere Informationen unter www.dji.de/thema/1003)

www. Familien-Wegweiser. de Hilfen für Familien mit geringem Einkommen

Das Service-Portal „Familien-Wegweiser“ informiert ab sofort über Unterstützungsmöglichkeiten für Familien mit geringem oder ohne Einkommen. Das aktuelle Top-Thema bündelt entsprechende Leistungen für verschiedene Lebenssituationen sowie eine Auswahl von Ämtern und Ansprechpartnern vor Ort.

Mit der Erhöhung des Kindergeldes, der Kinderfreibeträge und des Unterhaltsvorschusses ist es gelungen, Familien gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten besser zu unterstützen. Das Serviceportal „Familien-Wegweiser“ des Bundesfamilienministeriums hilft Müttern, Vätern und allen anderen Interessierten dabei, aktuelle Leistungen und Unterstützungsmöglichkeiten im Blick zu behalten.

Thematisch und nach Lebensphasen geordnet finden Nutzerinnen und Nutzer einen schnellen Zugang unter anderem zu finanziellen Leistungen, Informationen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zu Hilfs- und Beratungsangeboten.

Wie beantrage ich das Elterngeld? Habe ich Anspruch auf den Kinderzuschlag? Welche Rechte habe ich während des Mutterschutzes? Diese und weitere Informationen sind übersichtlich und mit weitergehenden Verweisen im Familien-Wegweiser zusammengestellt.

Neben staatlichen Leistungen können sich Bürgerinnen und Bürger im Familien-Wegweiser auch über das Thema Erziehung informieren. Der „Kompass Erziehung“ beantwortet Erziehungsfragen, gibt Tipps und Anregungen und informiert über Beratungsmöglichkeiten vor Ort.

Eine besondere Serviceleistung bietet der Familien-Wegweiser in der Rubrik „Familie regional“: Über eine Postleitzahlensuche können Ansprechpartner zu zentralen Leistungen wie dem Elterngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag oder Unterhaltsvorschuss direkt gefunden werden.

(Quelle: website des BMFSFJ - Weiteres unter: www.familienwegweiser.de/wegweiser/stichwortverzeichnis,did=133836.html)

Impressum:

Herausgeber: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (eaf bayern)

1. Vorsitzende: Birgit Löwe, 2. Vorsitzender: Ludwig Selzam, 3. Vorsitzender: Hans Schlicht

Geschäftsführer: Helmut Neuberger, Redaktion: Helmut Neuberger

Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Bayern, 90332 Nürnberg, Telefon (0911) 93 54 - 270, Telefax - 299

Internet: www.eaf-bayern.de, Email: info@eaf-bayern.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.

Druck: Schnelldruck Süd GmbH, Nürnberg

FPI 2 März / April 2010, 21. Jahrgang